

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

28.1.1928 (No. 24)

Expedition:
Karlsruher
Staatsanzeiger
Nr. 14
Besprechungs-
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. A.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Finnlands
Der zum Finnischen Honorarkonsul für Baden ernannte Herr Dr. Hermann Guhl in Karlsruhe ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Eine deutsche Sicherheitsdenkschrift

Die deutsche Gesandtschaft in Prag hat dem Außenminister Dr. Beneš als Vorsitzenden der in Prag stattfindenden Besprechungen der Referenten der Sicherheitskommission des Völkerbundes eine Denkschrift übergeben, die die Bemerkungen der deutschen Reichsregierung zu den Sicherheitsfragen enthält.

Die deutsche Denkschrift betont u. a., daß die deutsche Regierung gegenwärtig keine konkreten Vorschläge für die Lösung der einzelnen Probleme machen wolle. Wenn man den Krieg befehligen wolle, so sei dies nur möglich, wenn man für alle Konflikte, die bisher die Ursache von Kriegen waren, die Möglichkeit einer ausichtsreichen friedlichen Verhandlung finde. Für Konflikte rechtlicher Art könne das Problem durch die Fakultativklausel zum Ständigen Internationalen Gerichtshof als hinreichend gelöst angesehen werden. Ein entsprechendes allgemeines Verfahren über Streitigkeiten ausschließlich politischen Charakters habe sich bisher dagegen noch nicht verwirklichen lassen. Dies sei deshalb der Punkt, in dem die Vorkarben einsehen und besonders vertieft werden müßten. Eine besondere Rolle würde dem Ausbau des Vergleichsverfahrens zukommen. Dies könne sowohl durch zweiseitige Verträge wie auch durch Verträge geschehen, die eine größere Anzahl von Staaten umfassen. Sollen die Mittel friedlicher Streitlichung verlagern, so ständen dem Völkerbund die Bestimmungen seiner Satzung über Kriegsverhütung und Befähigung des Friedensbruchs zur Verfügung. Die Aufgabe, zu verhindern, daß ein Konflikt doch zum Appell an die Waffen treibe, falle in erster Linie dem Rate zu. Es werde daher Sache des Komitees sein, Maßnahmen vorzuschlagen, die ein rasches und wirksames Eingreifen dieser Instanz sicherstellen. Es sei nicht zu verkennen, daß die Wirksamkeit aller Sicherungen außerordentlich verstärkt werde, wenn es endlich zu einer allgemeinen Abrüstung komme, die in sich eines der wesentlichsten Elemente der Sicherheit enthalte. Die Bildung von Bündnisgruppen innerhalb des Völkerbundes, die den Schutz der ihnen angeschlossenen Staaten gegen andere Bundesmitglieder bezwecken, würde leicht zu einer Spaltung des Bundes führen und die gemeinsame Aktion lähmen. Die deutsche Regierung müsse wiederholen, daß es nach ihrer Ansicht darauf ankomme, das Sicherheitsproblem in seinem Kernpunkte anzufassen. Wollte man statt dessen den Kriegsfall und die Regelung militärischer Sanktionen zum Ausgangspunkt nehmen, so läme das dem Versuche gleich, das Haus vom Dache an zu bauen.

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die Denkschrift der deutschen Regierung in der Sicherheitsfrage wird — wie aus Paris gemeldet wird — in der Presse ausgiebig erörtert. Der „Reit Parisien“ sagt, die Note sei sehr lang und trage kaum zur Klärung bei. Man untertreicht die deutsche Andeutungen über den amerikanischen allgemeinen Antikriegspakt und die Ausführungen, daß der Sicherheitsganke erheblich verstärkt werde, wenn die allgemeine Abrüstung Tatsache würde. Auch diese Schlussfolgerung der deutschen Denkschrift findet in der Linkspresse keinen Widerspruch. Die Rechtspresse ist eine sehr abfällige Kritik und erklärt, Stresemann habe lediglich Sophismen vorgebracht.

Die Staatsberatungen im Haushaltsausschuss

DDJ. Berlin, 28. Jan. (Tel.) Der Haushaltsausschuss des Reichstages beabsichtigt, die Staatsberatungen ununterbrochen bis zum 18. Februar fortzusetzen und dann Ferien bis zum 25. Februar eintreten zu lassen. Am Dienstag soll die Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern beginnen. Am heutigen Samstag trat der Ausschuss in die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums ein. Die Beratung leitete Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ein. Unter Berücksichtigung der Besoldungsbedingungen wären trotz erheblicher neuer Aufgaben, nur 30 000 RM. mehr als im Jahre 1927 angefordert. Von Einzelfragen behandelte er selbst die Erhöhung der Eisenpreise. Er erklärte dazu: Das Reichswirtschaftsministerium habe alsbald nach Bekanntmachung der Preissteigerung eingehende Untersuchungen über die dadurch geschaffene Lage und entsprechende Verhandlungen eingeleitet, die Untersuchungen und Unterhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Ergänzungen zum französischen Zolltarif

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die Zollkommission der französischen Kammer schickte gestern eine Abordnung zu Poincaré, um die Notwendigkeit einer Zollnovelle darzulegen. Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß innerhalb von drei Tagen der Entwurf einer solchen Novelle der Kammer zugehen werde. Er enthält verschiedene Änderungen der Zölle, sowohl für Industrie- wie für landwirtschaftliche Produkte.

Letzte Nachrichten

Zentrum und Volkspartei

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Mit dem Ausfall der Abstimmung im Bildungsausschuss zu § 20 des Schulgesetzes werden sich heute und morgen der nach Berlin einberufene Vorstand und der Parteiausschuss des Zentrums ausführlich beschäftigen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt das Zentrum genau formulierte Erklärungen von der Deutschen Volkspartei zu fordern. Auch das Zentrum hält es für wünschenswert, daß dieser Reichstag noch den Etat verabschiedet, obwohl in Zentrumskreisen auch mit der Möglichkeit eines Notstands gerechnet wird. Man weiß freilich nicht, wie der Reichspräsident dazu steht, der sich schon einmal geweigert hat, den Reichstag aufzulösen, ehe der Etat verabschiedet ist und der wahrscheinlich, aber sicher sei das nicht, die Auflösung jetzt ablehnen würde. Für diesen Fall käme auch die Möglichkeit in Betracht, daß bei einem Austritt des Zentrums aus der Koalition Hindenburg die übrigen Minister weiter amtieren läßt und die auscheidenden Zentrumsminister durch Beamtenminister ersetzt, um den Etat erst einmal durchzubringen. Außerdem glaubt man, daß das Zentrum nicht in ganz Schroffer und ultimativer Weise gegen die Deutsche Volkspartei vorgeht, weil es sonst sich an die Seite der Deutschnationalen gedrängt fände, was der linke Flügel des Zentrums kaum mitmachen würde.

Die gestrigen Zwischenfälle im Reichstag

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung gab Präsident Lohse, der wieder amtiert, im Einverständnis mit dem Vizepräsidenten Graf Thüringen, die Erklärung ab, daß nach Einleitnahme in das Protokoll auch Herr Graf feststellt habe, daß eine Reihe von beleidigenden Äußerungen des völkischen Abgeordneten Frick von ihm überhört worden seien. Es handelt sich um die Beschimpfungen der ermordeten Minister Rathenau und Erzberger, wie der Republik. Dafür werden nachträglich Ordnungsstrafe erteilt, wobei Präsident Lohse bemerkt, daß, wenn diese gestern erfolgt wären, auch weitere Maßnahmen ergriffen worden wären, die heute geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig sind. Auch der Kommunist Jabbach erklärt nachträglich noch einen Ordnungsruf. Über den Einspruch der Kommunisten gegen die Ausweisung von zwei Abgeordneten soll erst entschieden werden, wenn das Protokoll gedruckt vorliegt. Für die Kommunisten protestiert Abgeordneter Lorke, der Graf Thüringen, grobe Parteilichkeit vorwirft und seine sofortige Enthebung aus dem Amt des Vizepräsidenten verlangt. Lohse biegt jede weitere Debatte darüber ab und schlägt vor, diese Angelegenheit im Plenumrat zu besprechen.

Die Verhandlungen mit Litauen u. Polen

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die in Berlin mit dem litauischen Ministerpräsidenten Wolde maras geführten Verhandlungen nehmen einen günstigen Fortgang, obwohl die Frage des politischen Vertrags, der bei der geringen Vertragsfähigkeit Litauens in dieser Hinsicht auch nicht allzuviel Wert haben dürfte, nicht stark im Vordergrund steht. Es handelt sich augenblicklich in erster Linie um eine Anleihe in Höhe von wenigen Millionen Pfund Sterling, die Litauen gegeben werden könnten, und zwar namentlich mit Rücksicht auf Memel.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau sind soweit gediehen, daß die Sachverständigen der obersteleischen Industrie bereits über das Kohlenkontingent, das Polen fordert, in Warschau verhandeln. Eine Störung ist allerdings durch eine neue Grenzverordnung polnischseits erfolgt, die die Rechte der Ausländer, also auch der Deutschen in den Grenzgebieten erheblich einschränkt. Man glaubt aber, daß die Verordnung durch Ausführungsbestimmungen abgeschwächt werden wird.

Für Zurückziehung der britischen Besatzungstruppen

MW. London, 28. Jan. (Tel.) „Daily Express“ veröffentlicht heute an der Hauptstelle einen Artikel seines Sonderberichterstatters Gedde aus Wiesbaden über „Großbritanniens verlorene Region am Rhein“. In einem Leitartikel fordert das Blatt die Rückforderung der britischen Besatzungstruppen, die zwecks für jede ernüchternde Aktion und trotzdem zahlreich genug sind, um ein rotes Tuch für den aufkommenden Geist des deutschen Nationalismus und eine aufreizende Erinnerung an Ereignisse zu sein, die am besten vergessen werden. Das Blatt schließt: Die Komödie ist lang genug gespielt worden. Die Leute sollten unterzünftig heimgebracht werden.

* Kritische Situation für das Reichskabinett

Der Bildungsausschuss des Reichstages hat gestern den Antrag der Deutschen Volkspartei zu § 20 des Schulgesetzentwurfes angenommen, wonach in den Gebieten des Reiches, in denen, wie auch in Baden, die Simultanschule besteht, es bei dem bisherigen Zustand bleiben soll. Zwar wollte auch der Regierungsentwurf die Simultanschule zunächst erhalten wissen, aber nur für eine bestimmte Frist. Der Antrag der Deutschen Volkspartei fordert die dauernde Erhaltung der Simultanschule dort, wo sie bisher nach Gesetz oder Herkommen besteht. Der Antrag konnte im Bildungsausschuss nur angenommen werden, weil außer der Deutschen Volkspartei die sämtlichen Linksparteien für ihn eintraten. Deutschnationale, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei stimmten dagegen.

Die Regierungskoalition ist also in einer wichtigen gesetzgeberischen Frage auseinandergefallen. Interessant ist es, zu beobachten, wie nunmehr das Verhalten der Deutschen Volkspartei von ihren Koalitionspartnern beurteilt wird. Die Deutschnationalen geben sich alle Mühe, den Ernst der Situation zu verwischen. Da sie eine Kabinettskrise unter allen Umständen verhüten möchten, stellen sie die Dinge so dar, als ob eigentlich gar nichts Schlimmes passiert sei. Sie verweisen auf gewisse Kompromißmöglichkeiten, die noch offen stehen, und klammern sich an die Feststellung der Reichsregierung, daß der Antrag zum § 20 des Schulgesetzentwurfes verfassungsändernd sei und deshalb eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erfordere.

Das Zentrum beurteilt die Lage wesentlich anders. Es erklärt, daß, wenn der Antrag der Deutschen Volkspartei wirklich Gesetz werden sollte, der gesamte Entwurf damit gefährdet sei. Daß das mit einer akuten Krise für die Regierungskoalition gleichbedeutend wäre, versteht sich von selbst. Auch in der Zentrumspresse weist man darauf hin, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei verfassungsändernd sei.

Diese Tatsache, daß zur Annahme des Antrags im Reichstag eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln nötig ist, könnte eigentlich schon allein genügen, um den Horizont wieder etwas aufzuhellen. Denn so, wie die parlamentarischen Machtverhältnisse im Reichstag liegen, ist es ausgeschlossen, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für den Antrag findet. Dem Zentrum scheint aber diese Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht zu genügen. Aus den Artikeln führender Parteiblätter geht hervor, daß man eine sofortige Klärung verlangt. Auch die Deutschnationalen sprechen von der Möglichkeit sofortiger Verhandlungen und bieten ihre Vermittlungsdienste an. Jedenfalls scheint es so, als ob das Zentrum nicht geneigt sei, es auf eine entscheidende Abstimmung im Plenum ankommen zu lassen.

Wie ist demgegenüber die Haltung der Deutschen Volkspartei? Man gewinnt nach den sehr bestimmten Erklärungen einzelner Führer und den Zeitungen der Partei den Eindruck, daß sie entschlossen ist, festzubleiben. Sollte das Zentrum aus der Annahme des Antrags zu § 20 eine Kabinettsfrage machen, so würde sich die Deutsche Volkspartei, wie es in der „Täglichen Rundschau“ heißt, „dadurch in ihren Entschlieungen nicht beeinflussen lassen. Die Stellungnahme der Partei beruhe auf innerlicher Überzeugung und sei ein Bekenntnis zu ihrer liberalen Überlieferung; sie sei zudem seit Notaten festgelegt und werde durch Forderungen oder Drohungen irgendwelcher Art nicht erschüttert werden.

Der Parteivorstand und Parteiaussschuss des Zentrums treten heute bzw. morgen zu einer Tagung in Berlin zusammen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Erledigung der Differenzen zwischen Stegerwald bzw. Imbusch und Dr. Marx. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß man bei dieser Gelegenheit auch versuchen wird, einen Ausweg aus der kritischen Situation zu finden, die durch die Annahme des deutschvolksparteilichen Antrags entstanden ist. Würde das Zentrum darauf bestehen, daß die Deutsche Volkspartei von sich aus auf ihren Antrag verzichtet, so würde damit der krisenartige Zustand zur akuten Krise werden. Denn es ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die Deutsche Volkspartei in so eklatanter Weise umfallen wird. An sich brauchte das Zentrum ja keineswegs eine derartige Forderung an die Deutsche Volkspartei.

partei zu richten. Denn man weiß ja heute schon ganz genau, daß der Antrag, da er eine Zweidrittelmehrheit beansprucht, doch nicht angenommen werden wird. Es ist ja auch schon früher in der Geschichte der Koalitionen vorgekommen, daß ein Gesetz durchgebracht wurde, ohne daß man einem der Koalitionspartner in irgendeinem Sonderpunkte eine Extratour verweigert hätte.

Wie die Entwicklung verlaufen wird, läßt sich vor der Tagung des Parteivorstandes und Parteiausschusses des Zentrums nicht sagen. Prinzipiell ist auch heute noch das Bestreben vorherrschend, eine Kabinettskrise und damit eine vorzeitige Auflösung des Reichstags zu vermeiden und das Reichschulgesetz doch noch unter Dach und Fach zu bringen. Man mag zu dem Reichschulgesetz stehen wie man will — wir selbst haben uns aus begreiflichen Gründen einer Stellungnahme enthalten —, so wird man doch im Hinblick auf die allgemeine, innerpolitische Lage wünschen dürfen, daß das Gesetz nun endlich einmal verabschiedet wird, damit dieses Problem nicht noch weiterhin eine ruhige Entwicklung im Innern stört.

Preußen und der Sitz in der Reichsbahngesellschaft

W.B. Berlin, 28. Jan. (Tel.) Der preussische Ministerpräsident hat dem Landtag eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalles gibt. Die preussische Regierung habe volles Verständnis dafür, daß die Reichsregierung durch die ansehnliche Summe von ihr nicht erwartete Entscheidung des Staatsgerichtshofes, die den preussischen Anspruch auf der ganzen Linie anerkannte, in eine schwierige und teilweise auch peinliche Lage gekommen sei. Aber sie habe kein Verständnis dafür, daß ein früherer Reichsminister, der durch eine großzügige Handlungsweise den Knoten mit einem Schlag lösen und dadurch seinen Amtsnachfolger aus einer schwierigen Situation befreien könnte, nicht den Entschluß zu finden vermag, Preußen kämpfe nicht unter politischen Gesichtspunkten, sondern lediglich aus wirtschaftlichen Gründen mit solchem Nachdruck dagegen, des Einflusses auf das bedeutendste Wirtschaftsinstrument des Landes, nämlich die Reichsbahn, beraubt zu sein.

Eröffnung der „Grünen Woche“ Berlin 1928

W.B. Berlin, 28. Jan. (Tel.) Heute vormittag wurde die 8. Landwirtschaftliche Ausstellung und Messe der Reichshauptstadt, die „Grüne Woche“, unter Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste feierlich eröffnet.

Hierauf sprach für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Reichsminister Schiele. Der Minister schilderte zunächst die Notlage der Landwirtschaft, die eine Reihe von Verlustjahren durchgemacht habe. Die Lage der Landwirtschaft sei verschuldet durch den ständig wachsenden Einbruch ausländischer Lebensmittel und Getränke in unseren heimischen Markt. Mehr als vier Milliarden sind im Jahre 1927 für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Futtermitteln ins Ausland gewandert. Bei rationeller und intensiver Bewirtschaftung hätten diese Erzeugnisse im eigenen Lande gewonnen werden können. Der Minister forderte eine planmäßige auf dieses Ziel gerichtete Handelspolitik. Er ging dann auf die Ausstellung der „Grünen Woche“ ein, die den Besuchern zum größten Teil Spitzenleistungen aus den arbeitsintensivsten Zweigen unserer Agrar- und Gartenzeugnisse biete. Die hierauf folgende Rede des Staatsministers Dr. Steiger brachte einen Überblick über die verschiedenen Abteilungen der Ausstellung. Der Hauptnutzen der Ausstellung soll sein, daß sie Erzeuger und Verbraucher einander näher bringe.

Dann hielt Oberbürgermeister Dr. Böll die Eröffnungsrede. Die „Grüne Woche“ Berlins sei traditionell geworden. Berlin würdige die große Bedeutung der Ernährungswirtschaft auch dadurch, daß es in diesem Jahre außer der „Grünen Woche“ auch die Hunderttage-Ausstellung „Die Ernährung“ veranstalte. Es folgte dann eine Reihe weiterer Ansprachen.

Karlsruher Konzerte

Auch die letzte Woche hat wieder eine Uraufführung gebracht, diesmal war es jedoch eine recht harmlose Angelegenheit. Nach Bruch und Romberg sowie manchem anderem hat der Deutschländer Ulrich Fleming Schillers „Lied von der Glode“ erneut vertont, und zwar in der Aufteilung des Leses für drei Männerstimmen mit begleitendem Klavier. Auf die Dauer konnte indessen die Komposition infolge Gedankensarmut und Mangel an formaler Gestaltung vom Hörer nicht besonders freudig, sondern nur mit gemischten Gefühlen akzeptiert werden, man frug sich unwillkürlich, ob überhaupt die ganze Sache eine Notwendigkeit war. Von der Mehrzahl der englischen Musiker wissen wir allerdings, daß ihre schöpferische Kapazität begrenzt ist; mußte uns aber auch noch gezeigt werden, daß Meisterlichkeit des Handwerks ebenfalls bei ihnen anscheinend sehr selten anzutreffen ist? Um die Wiedergabe des platten und unglücklich dürr dahinfließenden Werkes — kaum eine Stelle darin ist wenigstens scharf und ungefüllt zu nennen — trotz einer allzu bedächtigen und deshalb verräterischen, harmonischen Fassung — mühten sich mit einigem äußeren Erfolg Josef Witt (Tenor), Rud. Beyrausch (Bariton) und Adolf Vogel (Baß). Auch Kurt Stern am Flügel absolvierte seine Aufgabe anerkennenswert und unter Einfluß von viel persönlicher Kunstfertigkeit.

Die eindrucksvolle, vornehme und grundmusikalische Art, die man neulich in einem Sinfoniekonzert an Edwin Fischers Spiel zu rühmen hatte, sicherte seinem dieswintertlichen Klavierabend einen vollbefestigten Eintrachtssaal. Wieder ward alles, was er teils monumental und wichtig, teils kristallklar und überaus feinsinnig aus den Falteln eines Steinway-Flügels beschwor, zu einem wirklichen Erlebnis. Unter den Havariertischen Klannern der Gegenwart zählt Fischer zweifellos zu den bedeutendsten, in seiner Ausdrucksfala steht er heute wohl schon unerreicht da. Wie er dabei in sich hinein spielt und trotz solcher Eigenfreude am Spiel auch die Zuhörer nicht ganz vergißt und sich ihnen offen gibt, das kennzeichnet insbesondere die vitale Musikalität seiner Spielweise. Unter anderen Händen wären wahrscheinlich so abstrakte Klanggebilde, wie sie Igor Stravinsky, z. B. in seiner Klavierkonzerte (man hat's anlässlich deren Donaueschinger Aufführung erfahren!) aufsticht, niemals recht lebendig geworden. Das Beste hat er natürlich bei Händel, Beethoven und Mozart, während ihm Schuberts weitgespannte Klavierfinglichkeit doch nicht restlos in Form schien. Selbstverständlich soll ein Schubert keineswegs sentimental aufgepußt werden,

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 27. Jan.

Die zweite Beratung des Justizgesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Haas-Baden (Dem.) erklärt, die Lehre des Reichsjustizministers, von einer Vertrauenskrise nicht zu sprechen, könne die Krise selbst doch nicht beseitigen. Höchste Richter gäben die Tatsache des erschütterten Vertrauens zu. Der Abg. Dr. Kahl komme dem Problem näher, wenn er in Verbindung mit seinem klaren und festen Bekenntnis zur Republik erklärte, daß viele Richter den seelischen und intellektuellen Schmerz über den Verlust der ihnen einst heiligen Werte noch nicht überwunden hätten. Es gebe Richter, die sich von den gesellschaftlichen Anschauungen ihrer Schicht nicht lösen könnten. Aus dem ganzen Volke müßten dem Richter die Kräfte zufließen. Wenn ein Sozialdemokrat von Klassenjustiz spreche, so rede man von einer schmächtlichen Verallgemeinerung, wenn aber ein Senatspräsident die Behauptung wage, die Strafrechtspflege sei zur Dirne der Politik geworden, so schäme sich die „Deutsche Justizzeitung“ nicht, die Schmähung zu veröffentlichen. Der Richter müsse in seinem Urteil frei sein. Die Hinrichtung eines russischen Arbeiters in Vollstreckung eines Todesurteils des Schwurgerichts Neustrelitz sei auf Grund eines zweifelhaften Indizienbeweises vollzogen worden. Der Redner fordert weiter die Reichsregierung auf, zu prüfen, ob nicht schon jetzt die Justizverwaltung der Länder auf das Reich übertragen werden könne. Die Gesetzgebung müsse auf das notwendige Maß beschränkt werden. Die besten Gesetze nützen aber nichts, wenn sie von ungeeigneten Männern angewandt würden.

Reichsjustizminister Bergt erklärt, er werde auf die Rede des Abg. Dr. Haas erst im weiteren Verlauf der Debatte antworten. Sein vorläufiges Schweigen dürfe also nicht als Zustimmung gedeutet werden.

Abg. Münzberg (Komm.) meint, die Justiz sei ebenso wie die Kirche und die Reichswehr ein Machtinstrument des Besitzbürgerbols gegen die Arbeiterklasse. Der Redner fordert allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Abg. Gumpel (B. Vgg.) führt aus, die Vertrauenskrise der Justiz sei nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man sie ablenke. Leider werde diese Krise zum großen Teil künstlich aufrechterhalten durch unsachliche Kritik und systematische Beise gegen das Richtertum. Der demokratische Antrag auf Übertragung der Justizhoheit der Länder auf das Reich sei nicht notwendig, sondern schädlich in der jetzigen Zeit, wo hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern noch alles in Fluß sei.

Abg. Dr. Fleger (Bahr. Rp.) erklärt, der neue Strafrechtsentwurf werde die Rechtspflege vor ganz neue Aufgaben stellen, die auch eine Ergänzung der richterlichen Ausbildung erfordern. In diesem Zusammenhang sollte das Reichsjustizministerium der erfolgreichen Arbeit Beachtung schenken, die die vom bayerischen Kultusministerium eingerichtete kriminalpsychologische Forschungsstelle geleistet hat. Die Vertrauenskrise der Justiz könne unmöglich mit den Mitteln der Verwirklichung beseitigt werden. Das Streben der Unitarier gehe weniger nach Einheit als nach Einerei. Eine wirklich harmonische Einheit sei nicht mit Uniformierung zu erreichen, sondern auf dem Wege, den das alte Zentrumprogramm dahin kennzeichnete, daß der Bundescharakter des Reiches gewahrt bleiben müsse. Die Vereinheitlichung der Organisation der Justiz sei weder notwendig noch wünschenswert. Auf dem Wege der Majorisierung oder finanziellen Ausschöpfung der Länder dürfe die Reichseinheit nicht erzwungen werden. (Abg. Dr. Kahl [D. Rp.]: Solche Mittel lehnt die Deutsche Volkspartei auch ab.) Diese Versicherung begrüßen wir. Wir erstreben die Einheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder.

Abg. Sängers (Soz.) verteilte auf die Ausführungen des Senatspräsidenten Dr. Schulz über die Reformbedürftigkeit des bürgerlichen Gesetzbuches. Viele Bestimmungen der neuen Reichsverfassung seien in das bürgerliche Gesetzbuch noch nicht übergegangen. Der Redner richtet an den Minister die Frage, was er zu tun gedente gegen die planmäßige unbewußte Ausschöpfung des Laienelements aus der Rechtspflege. Aus den Befundungen des bayerischen Untersuchungsausschusses wissen wir, daß zwei in allen wesentlichen Punkten überführte Hochverräter, nämlich Kahr und Lohow, von der Justiz bewußt gesont worden sind. Der Gesandte v. Preger sei im Sinne eines Direktoriums in Berlin tätig gewesen. (Hört! hört!

aber seine Darstellung muß gleichwohl eine gewisse Gefühlsaffektation auslösen, die man hier zu einem bestimmten Grade vermisse. Es gab stürmischen Beifall und außerdem soviel Dreingaben, daß man damit fast allein ein zweites Programm hätte füllen können.

Ein Wiederabend von Eise Joss ist leider nicht auf der Plusseite unserer Musiksaal zu buchen. Wenn schon oder wenn noch gesungen werden muß, dann wäre eine weniger anspruchsvolle Vortragsfolge weit besser gewesen. Bei der größeren Hälfte der gewählten Liederguppen war nun die Sängerin gezwungen, ihr freilich auch nach unten begrenztes Organ unentwegt in Höhen zu treiben, die für ihre Stimmfarbe einfach unträglich sind. Warum aber derlei Forcierung, sobald Stimmgarten und Gesangstechnik eindeutig auf das Gebiet der mittleren Lage weisen? Dort haben auch Piano und Mezzavoice noch einigen Wohlklang und etwas Farbe, dagegen ist es ein sehr relativer Genuss, wenn das feste Stehen eines hohen Tones vollkommen vom Zufall abhängt. Georg Mantel zeigte sich wieder als gewandter Begleiter. Ihm gestellten sich in je einem Wert R. Voigt-Schweiker (Violine) und Fr. Graver (Klarinette).

Eine stattliche Anzahl junger Menschen vereinigte gegenüber dem ersten Versuch das zweite Jugendkonzert des Bad. Landestheaterorchesters. Das ist lebhaft zu begrüßen und berechtigt zu der Erwartung, daß sich der Besuch allmählich noch weiter steigern werde. Die sonntägliche Morgenfeier trug abermals das Signum eines kultivierten und möglichst der Erziehung dienenden Musizierens. Diesem vor Augen stehenden Ziel genügen von Orchesterwerken vollauf Schuberts Unvollendete und Haydns Sinfonie mit dem Paukenschlag. Beiden Instrumentalstücken widerfuhr durch Kapellmeister Rudolf Schwarz eine stilgerechte Ausdeutung. Glänzend disponiert sang im Mittelteil des Programms Magda Strad einige der schönsten Schubertlieder, von Generalmusikdirektor Josef Weis mit der ihm eigenen Intensität der Empfindung begleitet. Die jugendlichen Zuhörer dankten mit herzlichem Applaus.

Wilhelm Schäfer-Freier in Konstanz. Zur Ehrung des Dichters Wilhelm Schäfer in Ludwigshafen am See, der am 20. Januar seinen 60. Geburtstag beging, veranstaltete die Stadt Konstanz in Gemeinschaft mit der Wessenberg-Denkmalstiftung im Stadttheater eine Morgenfeier. Der Schriftsteller Martin Lang aus Stuttgart hielt einen Vortrag über die Persönlichkeit und das Lebenswerk des Dichters und las anschließend einige Teile aus Schäfers Dichtungen vor.

(links.) Dieser diplomatische Vertreter des königlichen Freistaates Bayern ist noch heute aktiv in Berlin. (Hört! hört! links.) Ich richte jetzt an den Reichsjustizminister die Frage, ob er sich für verpflichtet halte, eine Anweisung an die Reichsanwaltschaft zu geben, sie solle prüfen, ob jetzt nicht Anlaß besteht, das Verfahren gegen Kahr und Lohow vom Verbrechen des Hochverrats einzuleiten.

Reichsjustizminister Bergt: Selbstverständlich werde ich auf alle Fragen antworten, die meine politische Verantwortlichkeit betreffen. Ich werde selbstverständlich die Verfassung nur lokal auslegen. Es ist noch gar kein abschließender Bericht des Untersuchungsausschusses erschienen. (Hört! hört! rechts.) Ich habe mich wegen dieser Mitteilungen an die bayerische Regierung gewandt, die bayerische Regierung ist im Augenblick nicht in der Lage, uns objektives Material darüber mitzuteilen. (Gelächter links.) Im Falle Holz konnte das Reichsgericht die Entscheidung über ein Wiederaufnahmeverfahren noch nicht fällen, weil das Verfahren gegen Fricke noch nicht beendet ist.

Staatsrat von Rühlend wendet sich gegen die Vorwürfe des Abg. Sängers gegen den bayerischen Justizminister. Wegen der Vorwürfe sei der Untersuchungsausschuss vom Bayerischen Landtag eingeleitet worden. Dort habe der Justizminister Rede und Antwort gestanden. Es sei nun Sache des Bayerischen Landtages, die Entscheidung zu treffen. Diese Entscheidung müsse abgewartet werden. Die Fälle Kahr, Lohow und Sengler seien auch vom Oberreichsanwalt geprüft worden, der auf Grund der objektiven Tatsachen gleichfalls die Einleitung eines Verfahrens abgelehnt habe.

Abg. Dr. Fried (Nat. Soz.) verlangt eine Amnestie für die sogenannten Fremder. Die Schuld der Erbverderber Schulz und Tiffelen wiege federleicht gegenüber den todeswürdigen Verbrechen, die die Erbverderber u. Gen. gegen das deutsche Volk begangen haben. (Stürmische Pfuirufe und Entrüstungsausdrücke links und im Zentrum.) Abg. Dr. Fried verlangt dann unter wachsender Unruhe der Linken die Anklage wegen Landes- und Volksverrats gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Scheidemann und gegen den Reichstagspräsidenten Böde. (Es kommt dann zu großen Ständelfenzen.) Dr. Fried schließt mit scharfen Angriffen gegen die Republik, die er ein jämmerliches, auf Meißel und Hochverrat aufgebautes Gebilde nennt. (Von links und vom Zentrum kommen stürmische Pfuirufe und Schlußrufe.)

Präsident Gräfe behält sich vor, die Rede nachher zu prüfen.

Unter andauerndem großen Tumult wird die Weiterberatung auf Samstag 12 Uhr vertagt.

Glückwunsch der Reichsregierung an Staatspräsident Ulrich

W.B. Berlin, 28. Jan. (Tel.) Reichskanzler Dr. Marx hat dem heftigen Staats- und Ministerpräsidenten Ulrich in Darmstadt zur Vollendung des 75. Lebensjahres zugleich im Namen der Reichsregierung die aufrichtigsten Glückwünsche ausgesprochen.

Geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit. In der Zeit vom 1. bis 15. Januar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nur noch in verhältnismäßig geringem Umfange gestiegen und zwar von rund 1 188 000 auf 1 271 000 oder um 15,4 v. H. Eine ähnliche Entwicklung zeigt die Krisenfürsorge. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge betrug also am 15. Januar insgesamt 228 200 gegenüber 211 400 am Ende des vorigen Monats, die Zunahme mithin 7,9 v. H.

Gebietsaustausch zwischen Thüringen und Sachsen. Der Thüringer Landtag nahm am Freitag eine Gesetzesvorlage über einen Gebietsaustausch zwischen Thüringen und dem Freistaat Sachsen einstimmig an. In der Aussprache wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Bemühungen um Grenzberichtigungen in großzügiger Weise sofort fortgesetzt werden möchten. Die vom Austausch betroffenen Gemeinden haben in einer Entschließung die Notwendigkeit ihres Austausch aus wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten anerkannt, aber erklärt, daß damit nur der Anfang gemacht sein dürfte zu einem neuen Staat Mitteldeutschland.

Der deutsche Schulkreuzer „Emden“ hat in den lateinamerikanischen Staaten eine überaus freundliche Aufnahme gefunden.

„Zeitungskunde tut not!“

In seiner Antrittsvorlesung am Heidelberger Institut für Zeitungskunde behandelte dieser Tage Landtagsabgeordneter Alfred Scheel das Thema „Zeitungskunde tut not!“

Der bisherige Chefredakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung“ ging davon aus, daß es heute noch nicht eine allgemein anerkannte Begriffsbestimmung der Zeitung gebe, daß jedoch für das Verständnis der Frage, warum Zeitungskunde nötig sei, eine einleuchtende Vorstellung vom Wesen der Zeitung genüge. Sie sei Abbild des Lebens, zugleich aber Werkzeug der Lebensgestaltung. Dies bedinge bei den Journalisten hohe Leistungen und größte Verantwortung vor der Allgemeinheit. Für Verufe, denen solche Leistung und solche Verantwortung anverleibt sei, verlangten alle Kulturnationen eine gründliche Vorbildung. Man habe gefagt, daß es beim Journalisten auf Reizung und Begabung ankomme, dies sei jedoch selbstverständlich. Die vom Journalisten im besonderen verlangten Eigenschaften, die zunächst angeboren sein müßten, ließen sich aber auch bilden. Immer bleibe jedoch Voraussetzung für ihre volle Verwertung: Wissen und Kenntnisse.

Aus der Tatsache, daß die Zeitung Sachkunde auf allen Lebensgebieten verlange, sei der Schluß berechtigt, daß die spezielle Erforschung des Zeitungswesens und die Lehre vom Journalismus in enger Verbundenheit mit großen, möglichst unüberfesseln Bildungsanstalten betrieben werden sollte, nicht aber an eigens dafür errichteten journalistischen Fachhochschulen oder Fachschulen, denn das Bedürfnis nach Sachkunde auf allen Lebensgebieten würde bald die Angliederung von Fachern der Allgemeinbildung notwendig machen, was konsequenterweise zur Bildung neuer Universitäten aus den Fachschulen führen würde. Zeitungskunde müsse vielmehr als neue Disziplin unter die bestehenden allgemeinbildenden Fächer an Anstalten mit oder ohne Hochschulcharakter, besonders an Universitäten, eingegliedert werden, wie dies heute schon geschehe. Weiter führte der Redner aus, wie die an jedermann gestellte Forderung, dem Gemeinwohl zu dienen, für die Zeitung gelte, so gelte sie auch ihr gegenüber. Durch die Presse vollziehe sich heutzutage bis zu einem hohen Grade die Wirkung des Volkes an der Bestimmung seines Schicksals, Mitarbeit an der Presse sei daher Aufgabe für jeden. Dazu aber bedürfe es der Kenntnis des Wesens der Zeitung. Und deshalb sei Zeitungskunde ein Erfordernis der Allgemeinbildung. In seinem Schlußwort bezeichnete der Redner die Zeitungskunde als Teilaufgabe vieler Wissenschaften, doch keiner ausschließlich sei sie auch nicht eine Zusammenfügung oder Summe dieser Teile, sondern ein „eigen Ding“.

Larifandigung der Eisenbahnarbeiter. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zu dem Ergebnis gekommen, daß die Lohnbestimmungen des Tarifvertrages zum 1. April zu kündigen sind. Der Vorstand stellt dem geschäftsführenden Vorstand anheim, die übrigen vertragschließenden Organisationen rechtzeitig zwecks Stellungnahme zur Kündigung des Lohnvertrages einzuladen und alle diesbezüglichen Arbeiten in die Wege zu leiten.

Sinowjew und Kamenev unterwerfen sich. Die Moskauer „Pravda“ veröffentlicht einen Brief Sinowjews und Kamenevs, in dem sie erklären, daß sie sich von der Trozki-Gruppe in der Frage der vollen und wirklichen Unterwerfung unter die Befehle des 15. Parteitagess trennen, daß sie die Richtung zur Organisation einer zweiten Partei für verwerflich erachten und daß der Verzicht auf weiteren Kampf gegen die Partei unbedingte von den Grundinteressen der Diktatur des Proletariats diktiert werde. Sie sprechen schließlich die Überzeugung aus, daß der überwiegende Teil der ehemaligen Opposition sich mit der Partei versöhnen werde.

Kurze Nachrichten

Der hessische Staatsgerichtshof. Der Altestenrat des hessischen Landtages hat am Freitag dem Protest der Kommunisten gegen die Gültigkeit der am 8. Dezember 1927 vorgenommenen Wahlen der parlamentarischen Mitglieder des Staatsgerichtshofes stattgegeben. Infolgedessen wurde der Landtag für heute Samstag zu einer Kollisionsitzung telegraphisch einberufen, um Neuwahlen vorzunehmen.

Württembergisches Erbsuchen um Entsendung des Reichsparlamentarier. Das Staatsministerium hat — wie aus Stuttgart gemeldet wird — mit Schreiben vom morgigen Tage die Reichsregierung gebeten, den Reichsparlamentarier nach Württemberg zu entsenden.

Die Reichswahlliste der Deutschen Volkspartei. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, dem Parteiausschuß als Spitzenkandidaten für die Reichswahlliste nicht Dr. Luther, sondern Staatssekretär Schmidt und Franz Glösel zu empfehlen.

Zeitungsverleger Richard Weber. Zeitungsverleger Richard Weber, Mitherausgeber der „Kasseler Post“, ist an den Folgen einer schweren Kopfrippe, 46 Jahre alt, gestorben. Richard Weber gehörte auch dem Hauptvorstande des Deutschen Zeitungsverlegervereins in Berlin an.

Der Erfinder des Biomat. In Berlin starb der in der ganzen deutschen Apothekerverwelt bekannte Schöneberger Apothekenbesitzer Eduard Paternann. Zu seinen vielen Erfindungen gehört das weltbekannte Biomat.

Urteil gegen einen russischen Geistlichen. Der Oberste Gerichtshof in Moskau beurteilte den apokalyptischen Verwerfer der Diktatur Schitomir, Skafki, wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit zu 10 Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. Von der Anklage der Spionage wurde Skafki freigesprochen.

Blasco Ibanez. In Mentone ist der spanische Schriftsteller Blasco Ibanez gestorben.

Die Amtszeit des mexikanischen Präsidenten verlängert. Präsident Calles hat, wie aus Mexiko gemeldet wird, einen Abänderungsparagrafen der Verfassung unterzeichnet, der die Amtszeit der Staatspräsidentenschaft von vier auf sechs Jahre verlängert.

Badischer Teil

Verlegung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung nach Stuttgart

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat auf Grund des § 221 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 bestimmt, daß das Württembergische Landesamt für Arbeitsvermittlung in Stuttgart und das Badische Landesamt für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe zum 1. Februar 1928 als Landesarbeitsamt Südwestdeutschland mit dem Sitz in Stuttgart in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert werden. Deshalb sind Anfragen und Mitteilungen für das bisherige Badische Landesamt für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe künftig an das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland in Stuttgart zu richten.

Tagungen

Der Badische Waldbesitzerverband E. V., dem nach zehnjähriger Bestehen der weitaus größte Teil des badischen Waldbesitzes (Gemeinde und Private) angehört, veranstaltet am morgigen Sonntag in Segau eine fortwährende Besprechung mit Referat des ersten Geschäftsführers Forstrat Eisenfals, Willingen. Der Verband erblüht seine Aufgabe in der Förderung der Existenzbedingungen des Waldbesitzes Steuerlasten, der Unmöglichkeit der Verwertung der Waldprodukte und der planmäßigen Nachhut und Pflege der Waldungen, um die Produktionskraft des Waldbodens zu erhalten.

Der Landesverband badischer Kaninchenzüchter hielt am Samstag und Sonntag in Heidelberg einen Kaninchenzüchtertag ab, wobei der Verbandvorsitzende Mehe, Karlsruhe, etwa 100 Delegierte begrüßte. Die Mitgliederzahl beträgt 4200. Zur Sebung der Kaninchenzüchter und zur rationellen Behandlung der Felle sollen auch die dem Verein noch fernstehenden Züchter als Mitglieder gewonnen werden, damit vor allem nicht jährlich Millionen für den Ankauf von Fellen ins Ausland wandern. Erst nach 2 Uhr nachmittags wurde die Versammlung geschlossen. Mit der Tagung war eine Ausstellung verbunden, die in zwei großen Sälen etwa 700 Tiere verschiedener Rassen zeigte.

Katholische Frauentagung. Der badische Landesauschuß des katholischen Frauenbundes wird Ende Februar im Kaufhausaal in Freiburg i. Br. seine diesjährige Generalversammlung abhalten.

Badischer Schwarzwaldverein

Der demnächst erscheinende Jahresbericht der Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Schwarzwaldvereins stellt fest, daß in dem über 200 Quadratkilometer großen Arbeitsgebiet der Ortsgruppen fast sämtliche Kriegs- und Nachkriegsschäden an Begen, Wegweiser, Markierungen, Hütten, Kuebänken, Brunnen usw. nunmehr behoben sind. Nicht weniger als 15 Wege in der näheren und weiteren Umgebung von Karlsruhe und im nördlichen Schwarzwald erhalten im abgelaufenen Jahre neue Bezeichnungen durch Wegweiser und Farbenmarkierung. Im ganzen wurden mit einem Kostenaufwand von annähernd 3000 M gegen 400 Wegweiser und 613 Richtungspeile und Rhomben angebracht. Die Einnahmen beglückten sich auf 2647 M, die Ausgaben auf 2328 M. Der Mitgliederstand beträgt jetzt annähernd 3200.

Aus dem badischen Staatsvoranschlag 1928/29

Soziale Fürsorge

In Staatsvoranschlag sind außerordentliche Beiträge von je 20 000 M enthalten an den badischen Krüppelfürsorgeverein zur Errichtung von Lehrwerkstätten in Heidelberg, an den badischen Blindenverein für die Erweiterung des Werkstättenbetriebes der Beschäftigungs- und Versorgungsanstalt für erwachsene Blinde und Einrichtung eines Altersheims in Freiburg, und an den Verein für badische Taubstumme zum Erwerb eines Taubstummenheims mit Lehrwerkstätte in Neckargemünd. Außerordentliche Beiträge sind ferner vorgesehen: Erziehungs- und Pflegeanstalt für Geisteschwache in Korbach 5000 M, St. Josefshaus in Serien 12 500 M, Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Korb 7500 M, Ein- und Verkaufsgenossenschaft badischer Blinder 15 000 M.

Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge

Im a. o. Etat sind 486 000 M für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge eingestellt. Diese Anforderung erfolgt zur teilweisen Befreiung der Zinsenlast für Anleihen, die zur Ausführung von Notstandsarbeiten von den Trägern der Maßnahmen aufgenommen worden sind (sog. Zinsverbilligung; ferner zur Erhaltung des Zinsausfalls an die Staatsschuldverwaltung, den Trägern von Notstandsmaßnahmen wurden teilweise Darlehen zu 4 Proz. gewährt, wodurch der Staatsschuldendienst ein Zinsausfall von 4 Proz. entfallen ist, der ersetzt werden muß). Das Reich hat den gleichen Betrag gewährt unter der Voraussetzung, daß vom Land ein Zuschuß in gleicher Höhe übernommen wird. In dem Betrag ist nicht inbegriffen der Aufwand für die zu gewährenden Darlehen zur verstärkten Förderung von Notstandsarbeiten.

Wohlfahrtspflege

Unter Titel VIII des Voranschlags des Ministeriums des Innern — Wohlfahrtspflege — erscheint eine Summe von 16,4 Millionen Reichsmark, gegen 1926/27 mehr 8 885 000 M. Der Fünfjahresaufwand des Landes ist von 6 680 000 M auf 5 640 000 M gesunken. Ein Betrag von 9 Millionen entfällt auf Zuschüssen des Reiches für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und geht durch den Einnahme- und Ausgabeetat. 60 000 M sind für Zuwendungen an Familien für die Geburt des 7. und folgenden Kindes bestimmt. Eine große Reihe gemeinnütziger Anstalten sowie Einrichtungen der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege erhalten die üblichen Beiträge. Erstmals werden beachtet der Caritasverband der Erzbischöfliche Freiburg und der badische Landesverein für Innere Mission mit je 5500 M und der Bund Israelitischer Wohlfahrtsvereine in Baden mit 1500 M sowie der Landesauschuß für Arbeiterwohlfahrt mit 8000 M. Zum Staatsbeitrag zur Bekämpfung des Alkoholismus tritt ein Zuschuß von 21 500 M. Für Förderung der Taubstummenfürsorge sind 10 000 M eingestellt. Der Beitrag zur Förderung der Blindenfürsorge wurde von 8800 auf 10 000 M erhöht. Dagegen entfällt der Beitrag zu den Lungenheilstätten Friedrichsheim und Lufsenheim mit 11 800 M. 705 000 M machen die im Voranschlag eingestellten Beiträge an Reichsmitteln an ehemalige Kriegsteilnehmer aus, 22 000 M die Beiträge an öffentliche Krankenanstalten aus den Branntweinmonopoleinnahmen des Reiches.

Wohnungsfürsorge

Der Voranschlag der Wohnungsfürsorge für 1928 und 1929 verzeichnet in Ausgaben und Einnahmen den Betrag von 22 098 500 M jährlich. Die Schuldsinsen beanspruchen 1 118 750 M (mehr 891 800 M). Für Zinsverbilligung ist die Summe von 200 000 M eingestellt, zur Schuldentilgung für die vom Land für den Wohnungsbau aufgenommenen Darlehen der Betrag von 850 850 M. Für Wohnungsbauarbeiten kommt eine jährliche Summe von 16 408 000 M in Anspruch. Dazu tritt der Reichskredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaus in Höhe von 2 776 850 M. Als Landesanteil an der Gebäudesteuer für die Zwecke des Kleinwohnungsbaus stehen 11 720 800 M in Einnahme.

Der Aufwand für die badische Polizei und Gendarmerie

Der ordentliche Etat der Polizei umfaßt die Summe von 15 821 000 M. Der Verbrauch von 1 288 300 M ist fast ausschließlich eine Folge der Beförderungserhöhung. Der Etat der Gendarmerie gestattete einige Einsparungen (z. B. bei den Dienstreise- und Umzugskosten 90 200 M), so daß trotz Erhöhungen auf anderem Gebiet die Gesamtschulden von 8 470 700 Reichsmark gegenüber dem letzten Voranschlag noch ein Weniger von 300 M aufweist.

Zur Sebung des Fremdenverkehrs

Im Staatsvoranschlag findet sich ein außerordentlicher Beitrag zum Aufwand des Badischen Verkehrsverbandes E. V. in Höhe von 2000 M. Dazu kommt der bisher schon gewährte Jahresbeitrag von 2500 M.

Vom Landesgewerbeamt

Für Vorarbeiten zum Neubau eines Landesgewerbeamtes sind 500 M in den Etat eingestellt. Weiter erscheint im a. o. Etat ein Beitrag von 8500 M, der für den Neudruck eines Nachtragskatalogs für die Bücherei des Landesgewerbeamtes bestimmt ist. Der letzte Nachtragskatalog wurde im Jahre 1922 herausgegeben.

Der Steinbruch am Münsterberg zu Breisach

Durch Abbröckeln und Abrutschen von Felsstücken am Südfuß des Münsterberges sind Leben und Gesundheit der am Fuße des Abhanges ansässigen Bewohner gefährdet. Der bedrohliche Zustand erfordert dringend alsbaldige Vorkehrungsmaßnahmen. Die Rechtslage über das Eigentum und die Kostentragspflicht konnte bis jetzt nicht einwandfrei geklärt werden. Da aber das polizeiliche Interesse eines weiteren Aufschubs nicht zuläßt, will der Staat, ohne daß er eine Rechtsverpflichtung anerkennt, der Stadtgemeinde Breisach einen Kostenbeitrag von 8000 M gewähren, die soeben im Staatsvoranschlag angefordert werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

16d. Freiburg, 26. Jan. Der Freiburger Automobilklub hat an das badische Finanzministerium ein Ersuchen gerichtet, die **Gladreantstraße Breisach-Ober-Rimsingen** zu verbessern, da sonst Gefahr besteht, daß die weitere Austragung des Flach- und Bergrennens des Adac von Freiburg verlegt werde. Die Strecke sei so uneben, daß beim letzten Rennen bei 88 Wagen die Zeitdauer nicht abgenommen werden konnte. Die Kosten der Ausbesserungen würden sich schätzungsweise auf 200 000 M. belaufen.

17. Wittensthan (bei St. Blasien), 27. Jan. Heute mittag entfiel hier vermutlich in dem Doppelwohnhaus des Landwirts Mathäus Steinbrunner ein Brand, dem auch ein angrenzendes Doppelwohnhaus, sowie ein Einfamilienhaus zum Opfer fielen. Das Vieh konnte bis auf drei Stück und ein Schwein gerettet werden. In a. war an dem Brandplatz auch die Motorspritze von Zell erschienen. Zu dem Brand ist noch zu berichten: Die beiden geretteten Wohnhäuser sowie das erwähnte Einfamilienhaus sind vollständig abgebrannt. Der Gebäudeschaden wird auf 91 000 M, der Fahrzeugschaden auf 40 000 M geschätzt. Man vermutet Brandstiftung.

Das Badische Gesch- und Verordnungsblatt Nr. 6 enthält eine Verordnung des Ministers des Innern über die Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter.

Aus der Landeshauptstadt

Großes Presse- und Bühnenfest „Tinte und Schminke“

Das große Presse- und Bühnenfest „Tinte und Schminke“, das am 4. Februar, abends, in sämtlichen Räumen der städt. Festhalle stattfindet, und den Clou der festlichen Veranstaltungen dieses Winters bilden wird, reißt nun seiner Vollendung entgegen. Da, wie schon mitgeteilt, die Zahl der Eintrittskarten angesichts des starken Andrangs erhöht wurde, sind Karten zu 10 M noch zu haben, und zwar in den Geschäftsstellen der Zeitungen: „Badischer Beobachter“, Steinsfr. 17, „Badische Presse“, Lammstr. 1b, „Karlsruher Tagblatt“, Mittelstr. 1, „Karlsruher Zeitung“, Karlsruherstr. 14, „Meldung-Anzeiger“, Kurvenstr. 21, „Volkstreu“, Waldstr. 28, und Theaterhauptkasse.

Die Nischen (in der unteren Galerie des großen Festhallsaales) sind bereits sämtlich vermietet. Diejenigen Besucher, denen die Überlassung einer Nische bereits fest zugesagt wurde, wollen, sofern solches nicht schon geschehen ist, die Vormerkgebühr von 20 M bis zum 1. Februar an das Zentralbüro, Karlsruherstr. 14, entrichten. Jede Nische wird mit dem Namen ihres Eigentümers bezeichnet, so daß sie dann am Abend selbst leicht zu finden ist.

Eine auch hohen Ansprüchen genügende Bewirtung der Besucher ist sichergestellt. Von der Festkommission wurde eine besondere Weinliste zusammengestellt, mit anerkannt guten und preiswerten Weinen, beginnend mit einem Preis von 2,40 M für die Flasche. Schaumwein wird zu 7, 8 und 10 M pro Flasche zu haben sein. Warme Speisen können an jeden Tisch serviert werden, doch empfiehlt es sich, zum Essen möglichst das Weinrestaurant der Stadtgartenfestung aufzusuchen, welches von Anfang an in die Festräume mit einbezogen und für den allgemeinen Wirtschaftsbetrieb gesperrt wird. Dort ist für ein behagliches Tafeln die beste Gewähr geleistet.

Aber das Programm des Abends werden noch nähere Mitteilungen veröffentlicht werden. Beginn des Festes 8 Uhr.

Ehrgang für 40jährige Dienstzeit. Die Beamten- und Arbeiterchaft des Reichsbahnausbesserungswerts Karlsruhe veranstaltete am vergangenen Samstag zu Ehren derjenigen Bediensteten, die im Laufe des vergangenen Jahres eine 40jährige Dienstzeit zurückgelegt haben, in dem Speiseraum des Wertes eine äußerst zahlreich besuchte Feier. Bezirksdirektor Rehter ehrte in einer Ansprache die bereits durch Glückwunschschreiben des Reichspräsidenten, des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft sowie des Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe ausgezeichneten Jubilare. Es sind dies folgende Herren: Reichsbahnrat Osterlag, Telegrapheninspektor Baue, Reichsbahninspektor Sührer, Obermaterialvorsteher Baag, Reichsbahnobersekretär Krautzel, Reichsbahnobersekretär Bühler, Reichsbahnobersekretär Müller, Reichsbahnsekretär Bidel, Dreher Traub, Hilfsarbeiter Rud. Lagerarbeiter Deubel, Ladier Unser, Lagerarbeiter Jöh, Werthelmer Gräfer, Lagerarbeiter Kungner, Dreher Glöckner, Schreiner Willmann, Schlosser Ruf, Kupferschmied Berg, Korhandwerker Engel, Feuerschmied Kollnhaas. — Ladier Stöcher und der Vorliegende des Betriebsrats, Schwammberger, gedachten ebenfalls der Jubilare. Im Namen der Jubilare sprach Reichsbahnrat Osterlag und Ladier Unser herzlichsten Dank für die Ehrgänge aus.

Badisches Landestheater. Die mit großem Beifall aufgenommene Oper „Die Nacht des Schicksals“ von Verdi gelangt am Sonntag, dem 29. Januar, zum vierten Male zur Aufführung. Am Montag, dem 30. Januar, findet das 6. Sinfonie-Konzert des badischen Landestheaterorchesters unter der Leitung von Josef Strips statt mit Werken von Brudner, Brahms und Schalkowff. Als Solist des Abends wurde Adolf Busch gewonnen, der das Violinkonzert von Brahms Opus 77 zu Gehör bringen wird. Das Konzert beginnt um 20 Uhr. — Die Eröffnungsaufführung des Kriminalstücks „Der Ozean“ von Edgar Wallace, das im Konzerthaus am Sonntag, dem 29. Januar, in Szene geht, stellt — wenn der Ruf nicht trägt, der dem Stück nach seinen an andern Bühnen bereits errungenen großen Erfolgen vorausgeht — eine theatrale Sensation in Aussicht.

Weiterenachrichtendienst der Badischen Landesweiterwart Karlsruhe. Ein nach dem Kontinent vorgerückter Schmelzhafter Luft hat in der vergangenen Nacht auch unserm Gebiet Niederschläge gebracht. Die Schneedecke hat im Schwarzwald, wo es heute noch schneit, überall noch zugenommen. In der Rheinebene liegen die Temperaturen bei 1 Grad Wärme. Über Frankreich ist Aufweitung eingetreten, die uns noch heute erreichen wird. Später dürfte sich aber auch bei uns die neue an der Westküste Englands angelommene Zirkone mit Bevölkerungszunahme bemerkbar machen. Voraussage für 29. Januar: Vielfach heiter und trocken, Gebirge mäßiger Frost, tieferer Lagen Nachtfrost, später Bevölkerungszunahme, im Gebirge vereinzelt auch Schnee.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Feinnotenierungen

	28. Jan.		27. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Frankfurt 100 G.	169.11	169.45	169.07	169.41
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	22.20	22.24	22.185	22.225
London . . . 1 Pf.	20.429	20.469	20.425	20.465
New York . . . 1 D.	4.1920	4.200	4.1905	4.1985
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.47	16.51
Schweiz . . . 100 Fr.	80.69	80.83	80.71	80.87
Wien 100 Schilling	59.075	59.195	59.055	59.175
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.442	12.43	12.44

Pfälzische Hypothekbank Ludwigshafen. Wir machen auf die in unserem Inseratenteil erscheinende Bekanntmachung über die Verabfindung der Anteilscheine zu den 4 1/2 Proz. Goldpfandbriefzertifikaten der Pfälzischen Hypothekbank Ludwigshafen a. Rh. aufmerksam.

Warum ewig in Miete wohnen?

Wenn man durch Erwerb eines Baupatrimonies der G. d. F. für das Geld, das man sonst jährlich an Miete zahlt, sich ein freies Eigenheim schaffen kann. Unkündbares Baugeld schon zu 4 1/2 Proz. Sicherer Weg, um je nach den Umständen des Sparer in kürzerer oder längerer Zeit, u. U. schon in 1 1/2 bis 2 Jahren, zum Eigenheim zu gelangen. Frage an bei der Bauparkasse der Gemeinschaft der Freunde, Württemberg. Württ. Sofortige Darlehen werden nicht gegeben.

Feder Familie ein Eigenheim!

In 3 Jahren an 2286 Bauparce 36,7 Mill. M. zugute

Das Projekt der Ferngasversorgung. Wie verlautet, wird das große technische Projekt der Ferngasversorgung badischer Gemeinden von Bürgermeister Arnold, Konstanz, Bürgermeister Kell, Triberg, und Oberbaudirektor Egglinger, Karlsruhe, bearbeitet.

Verschiedenes

Typhusepidemie in Gagen.
W. Gagen, 28. Jan. (Tel.) Eine Typhusepidemie ist in Gagen i. B. ausgebrochen. Die Stadt war bis heute, Samstag früh, folgender: Erkrankte Personen 27, Sterbefälle 4. Am Freitag wurden 6 neue Fälle gemeldet. Beobachtungsweise zeigen alle Erkrankungsfälle einen außerordentlich schweren Verlauf.



Badisches Landestheater

Montag, den 30. Januar 1928
Tel.-Gem. 501-600

6. Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Rudolf Schwarz
Solist: Adolf Busch
1. Dritte Sinfonie in D-Moll, Brudner
2. Violinkonzert, Opus 77 (Adolf Busch), Brahms
3. „1812“ Ouverture solennelle, Opus 49 Tschaikowsky
Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr

I. Rang und I. Sperritz 5 Mk
Montag, 13. Februar in der städt. Festhalle:
Sändel: Samson Oratorium.



Bad. Kunstverein e. V.

Waldstraße 3
21. Januar bis 9. Februar 1928:
Ausstellung
Egger-Lienz
(1868-1926) Gemälde

Hermann Geibel-München: Plastiken
Geöffnet: 10-1 und 2-4 Uhr, Sonntags 11-1 und 2-4 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pfennig.
Mitglieder, die den Jahresbeitrag für 1928 noch nicht bezahlt haben, bitten wir um alsbaldige Überweisung auf eines der nachgenannten Konten. Der Beitrag beträgt bei Verlosungsteilnahme und dem Recht an der Vereinsgabe, falls die Mitgliedsnummer nicht gewinnt, 8 Mk; die übrigen Mitglieder zahlen 6 Mk. Postkontokonto Karlsruhe 26955, Bankkonten: Süddeutsche Disconto-Gesellschaft und Rhein. Creditbank.

Haus-Standuhren!

Die höchste Zierde einer behaglichen Wohnung, daher der Wunsch jeder Hausfrau, das beste Geschenk für Familienfeste, Günstige Kaufgelegenheit für Brautleute. Direkt ab Spezial-Fabrik im Schwarzwald, ohne jeden Zwischenhandel, daher konkurrenzlos billig. Über 20 verschiedene neuzeitl. Modelle von 70 RM an. Mit 1/4 Westminster-Glockenschlag oder im Baum-Domglockenschlag. Lieferung franco u. verpackungsfrei. Mehrjährige schriftliche Garantie.
Angenehme Teilzahlung. Lobende Anerkennungen aus allen Bevölkerungskreisen.
Überall Nachbestellungen durch Weiterempfehlung.
Benützen auch Sie diese Gelegenheit und lassen Sie sich unverbindlich von Ausführung und Preiswürdigkeit überzeugen.
Bei ähnlichen Angeboten bitte ich, sich über meine Preise und meine Dankeschreiben informieren zu wollen.

E. LAUFFER
Spezial-Fabrik moderner Haus-Standuhren
Schwenningen a. N. (Schwarzwald)

Von militärischer Diefierung vom Jahre 1927 bleibt am Lager 5000 Dk.

Leintücher

ohne Naht, feinfädige, schneeweiße, leinene, garantiert 1a Ware, fehlerlos, welche ich für Erzeugungspreis ausverkaufe.
160x250 cm groß 1 Stück 8,- Mk
150x250 cm groß 1 Stück 7,50 Mk
Kleinste Abnahme 1/2 Dk. versendet franco bezollt, per Nachnahme
Leinwanderei S. MARŠIK, Prag XII, Londýnska 57
(Versch. Leintücher, Tisch- und Handtücher usw. am Lager.)

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Staatsanzeiger

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

An die Gesundheitsbehörden:
Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 28. November 1927 (Karlsruher Zeitung vom 29. November 1927 Nr. 278) weise ich darauf hin, daß das Reichsgesundheitsamt die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin W 8, Wilhelmstraße 45, mit der Überführung der Vorbrude für die Ärzte beauftragt hat. Die Vorbrude sind daher künftig nicht mehr bei der Reichsdruckerei, sondern bei der genannten Gesellschaft anzufordern. Die Ärzte werden sich der dortigen Vermittlung bedienen.
Karlsruhe, den 26. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Fehrenbach

Dem Reichsverband der Rheinländer in Berlin wurde die Erlaubnis zum Roservertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 26. Januar 1928.

Der Minister des Innern
J. B. Fehrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Bericht:

Verwaltungsinспектор Otto Rehm bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz zur Polizeidirektion Baden-Baden.

Erstklassigen
**Straßenschotter
Gleisschotter
Betonchotter
Betonspült
Stücksteine • Grus • Sand**
liefert
PORPHYRWERK DOSSENHEIM
Tel. Heidelberg 4094 H. Vatter Tel. Heidelberg 4094
Dossenheim a. d. Bergstraße
(seit 1874 Staatliches Porphyrwerk)

Wälzische Hypothekenbank.

Bez. Verabfindung der Anteilscheine zu unseren 4 1/2 % Pfandbriefzertifikaten.

Nach einer weiteren Teilausschüttung in Höhe von 10 % in 4 1/2 %igen Liquidations-Goldpfandbriefen auf den Ratenschein Nr. 1 wegen deren gesonderte Bekanntmachung ergangen ist, bieten wir mit Genehmigung unserer Aufsichtsbehörde und unter Leistung eines Zuschusses der Bank aus eigenen Mitteln für unsere sämtlichen Goldpfandbrief-Zertifikat-Anteilscheine die endgültige Verabfindung in Höhe von 120 % des Nennwertes an. Auf einen Zertifikat-Anteilschein in Höhe von 10 G.M. werden also 12 M., auf einen solchen über 20 G.M. 24 M. usw. ausbezahlt.

1. Der im Abfindungsangebot zu berücksichtigende Umlauf an Anteilscheinen bemittelt sich auf einen Nennbetrag von 1.225.300 G.M. Um den angebotenen Satz von 120 vom Hundert dieses Nennbetrages gleich der in der Teilungsmasse liegenden Maximalquote zu erreichen, wird aus der Teilungsmasse ein Barbetrag von 1.360.083 G.M. gleich 111 vom Hundert des Nennbetrages entnommen, während die Bank aus eigenen Mitteln 110.277 G.M. gleich 9 vom Hundert des Nennbetrages zuschießt. In der Teilungsmasse liegen zur Zeit mindestens 112,36 vom Hundert. Der zu entnehmende Betrag mit 111 vom Hundert bleibt also hinter dieser Mindestquote zurück.

2. Die Verabfindung wird gegen Einwendung des vollständigen Anteilscheins, also einfach, der vier anhängenden Ratenscheine, jedoch erst nach Ablauf der nach Art. 85 der D.G.-A.-G. vom 29. Nov. 1925 vorgesehenen Frist geleistet. Unser Angebot bezieht sich nur auf die Anteilscheine zu den Zertifikaten (nicht aber auf die Zertifikate selbst).

3. Nach Art. 85 der D.G. vom 29. Nov. 1925 gilt vorstehendes Angebot als von allen Zertifikat-Anteilscheinhabern angenommen, wenn es dreimal im Deutschen Reichsanzeiger eingedruckt worden ist und seit der letzten Einrückung drei Monate verstrichen sind, ohne daß ein Teil der Gläubiger, deren Goldmarkanspruch mindestens 15 vom Hundert der Goldmarkanspruch, sämtlicher bei der Beteiligung zu berücksichtigenden Gläubiger beträgt, schriftlich bei dem Staatskommissar der Bank, Herrn Oberregierungsrat Dr. Poebstein, Speyer, Regierung der Pfalz, widersprochen hat.

Der Widerspruch ist nur wirksam, wenn ihm eine Bescheinigung eines deutschen Notars, der Reichsbank oder einer anderen amtlichen Hinterlegungsstelle über die erfolgte Hinterlegung der Zertifikat-Anteilscheine samt zugehörigen Ratenscheinen Nr. 1-4 beigelegt ist; die Bescheinigung muß den Nennbetrag sowie die Nummern, Reihen- und Buchstabenbezeichnung der Zertifikat-Anteilscheine enthalten. Die Rückgabe darf nicht vor Ablauf der Frist erfolgen. Ein Widerspruch mit unvollständigen Unterlagen kann nach Art. 25 Abs. 2 a. a. O. nicht berücksichtigt werden.
Über die Auszahlung der Verabfindung ergeht nach Ablauf der Frist gesonderte Bekanntmachung.

Ludwigshafen am Rhein, den 25. Januar 1928.
Wälzische Hypothekenbank.

Feldvereinigung mit Be- und Entwässerung in den Gewannen Hoch- und Salzwiesen auf Gemarkung Söllingen.

Der Gemeinderat Söllingen hat unterm 22. Juli 1926 den Antrag gestellt, in den Gewannen Hoch- und Salzwiesen eine Feldvereinigung nach Maßgabe des Feldvereinigungsgesetzes vom 31. Mai 1886 und der dazu erlassenen Vollzugsvorschriften durchzuführen.

Die Vorarbeiten für dieses Unternehmen liegen zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer in der Zeit vom 1. bis 14. Februar 1928 auf dem Rathaus in Söllingen auf.

Es wird Tagfahrt für die Abstimmungsverhandlung auf Freitag, den 24. Februar d. J., nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in Söllingen anberaumt, zu der die beteiligten Grundeigentümer zur Vorbringung etwaiger allgemeiner oder besonderer Erinnerungen und Anträge und zur Abstimmung über die Ausführung des Unternehmens mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß die Richter scheidenden und die Nichtbestimmenden als dem beantragten Unternehmen nach dem vorgeschlagenen Plane und dem etwa in der Tagfahrt — und beabsichtigt der Hauptgrundzüge des Entwurfs — beschlossenen Änderungen des Plans beistimmend werden angesehen werden, und daß in der gleichen Tagfahrt die Vereinbarung über die Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission stattfinden soll, auch daß etwaige Anträge auf Befreiung von dem Verzeichnis der beteiligten Grundstücke aufgeführten Liegenschaften spätestens in der Tagfahrt und zwar vor Beginn der Abstimmung zu stellen sind.

Karlsruhe, den 26. Januar 1928. O. B. 6
Badisches Bezirksamt Abt. III.

Leib Bücherei

W. 408. Karlsruhe. Aber das Vermögen der Firma Theodor Jenker in Karlsruhe, Kaiserstraße 61, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Versteigerungsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauenswert gezeugt.

TINTE u. SCHMINKE

Presse- u. Bühnenfest 1928

am 4. Februar
in sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle in Karlsruhe

Eintrittskarten zu 10 Mk sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen:

- Badischer Beobachter, Steinstraße 17
- Badische Presse, Lammstraße 1b
- Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1
- Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14
- Residenz-Anzeiger, Jollystraße 21/23
- Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badischen Landestheaters



Badisches Landestheater

Sonntag, 29. Januar 1928
Nachmittags 15 Uhr

Max und Moritz

Nach Wilhelm Busch
von Leopold Günther
Musik von Felix Weder
Inszenierung: F. Hecht
Musikalische Leitung: Curt Stern
Onkel Fritz Brüder
Max Mademacher
Moritz Mangel
Witwe Volte Ziegler
Schneider Gemmede
Seine Frau Genter
Kämpel Brand
Wäcker Meiner
Müller Schneider
Nede Häder
Liese Silber
Peter Opmar

Die Puppenfee

von Bayer
Einfestudiert von E. Bielefeld
Musikalische Leitung: Joseph Keilberth
Spielwarenhandler

- Mechaniker Bindenman
- Gehilfen Gröhinger
- Kaffe Seidel
- Frau Kaffe Bauer
- Fraulein Kaffe Beer-Gast
- Kaffe junior Dennig
- Dienner Schmitt
- Bauer Kalnbach
- Web Lubach
- Dienstmädchen Ribinius
- Briefträger Madginsly
- Commiss Gröhinger
- Dienstmann Reibinger

Puppen

- Buppenfee Bielefeld
- Schienenpuppe Ribinius
- Papa-Mamapuppe Hofer
- Tiroler und Hofmann
- Tirolerin Wieland
- Chinesin Eberle
- Chinesin Sonntag
- Siebert
- Japaner und Schneker
- Japanerin Wiedmann
- Spanier und Frohmann
- Spanierin Schnauffer
- Charly Chaplin Mangel
- Madfisch Fischer
- Nachin Supper
- Schulmädchen Dahlinger
- Struwpeter Bischof
- Gestiefelter Kater Meier
- Max und Kuhlmann
- Moritz Wender
- Jackie Coogan Dennig
- Poliakoff Nagel

Anfang 15 Ende nach 17
I. Rang und I. Sperritz 3 Mk

Die Nacht des Schicksals

von Berdi
Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von Otto Strauß
Marschke
Dr. Bucherpfennig

- Leonore Fanz
- Don Carlos Mühe
- Alvaro Rentwig
- Pater Bogel
- Fra Melitone Böfer
- Bogeloffa Weimer
- Alcalde Kaufstätter
- Estrurgus Frey
- Curra Gröhinger
- Burgess

Fanz einstudiert von Edith Bielefeld
Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2
I. Rang und I. Sperritz 8 Mk

Im Stadt. Konzerthaus

Zum erstenmal
Der Herx
von Edgar Wallace
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden

- Blitz b. d. Trend
- Bemburch Schulze
- Walford Häder
- Gaditt Kloeble
- Messer Dahlen
- Lomond Brand
- Cora Ann Willer
- Mary Bertram
- John Leitgeb
- Cartier Gemmede
- Benny Geaf
- Affins Meiner
- Field Prüter
- Detective Opmar

Anfang 19 1/2 Ende 22
I. Parquet 4,20 Mk

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Bis 1. Februar täglich

Die große REVUE

Das lebende Magazin

Leichenwagen

liefern als Spezialität
Rorher Fahrzeugwerke
G. m. b. H. G. 931
Lorch Nr. 9, Württemberg
Jede Ausführung vorräthig,
jüngste Ausführungsmuster,
Angebote und Bilder kostenfrei.
Gebraucher, sehr gut erhaltener
Leichenwagen auf Gummi-
rädern sehr preiswert abzugeben.